

Wahlprüfsteine des Forums Bildungspolitik in Bayern zur Bayerischen Landtagswahl 2013

mit Antworten der Parteien

Übersicht:

1. Ganzheitliche Bildung statt Reproduktion kognitiver Bildungsinhalte!
2. Chancengerechtigkeit herstellen – frühkindliche und schulische Förderung stärken!
3. Die Professionalität stärken!
4. Die Eigenverantwortung der Schulen stärken!
5. Das Dogma der starren Trennung von Schularten überwinden!
6. Den Elternwillen beim Übertritt freigeben!
7. In Bildung intelligent investieren!
8. Bildung ist mehr als Schule: Stärkung des außerschulischen Bereichs!
9. Vielfalt leben!

1. Ganzheitliche Bildung statt Reproduktion kognitiver Bildungsinhalte!

Wissenschaftliche Erkenntnisse, vor allem der Hirnforschung, verlangen eine andere Sicht auf Leistung und Leistungsrückmeldung als Basis nachhaltiger Lernprozesse.

Diese Erkenntnisse bedingen: Schulen müssen vom Ausleseauftrag befreit werden. Für alle Beteiligten bringt das viele Vorteile: Schüler/innen können und dürfen sich auf die vernetzten Inhalte ihres Lernens konzentrieren. Die Lehrer/innen müssen nicht mehr einen Großteil ihrer Zeit und Energie auf Korrigieren, Durchführen und Rechtfertigen von justiziablem Notenerhebungen aufwenden. Schüler/innen können Lehrer/innen als Lernbegleiter/innen wahrnehmen und nicht als Instanz, die ihnen Lebenschancen zubilligt oder verweigert. Die Beziehungen zwischen allen Beteiligten – Eltern, Lehrer, Schüler – werden somit entlastet und kooperativ.

Das Nicht-Versetzen muss ersetzt werden durch individuelle Förderung, da vielfach nachgewiesen ist, dass es weder Vorteile für die wiederholenden Schüler/innen noch für die

● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e.V. (AKH)
● Bayerischer Elternverband e.V. (BEV) ● Bayerischer Jugendring (BJR) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e.V. ● Deutscher Familienverband – Landesverband Bayern e.V. (DFV) ● Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband Bayern e.V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund – München e.V. ● Die Regionalbewegung - Landesgruppe Bayern ● Eine Schule für Alle - in Bayern e.V. ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.)
● Fachverband für Kunstpädagogik, BDK e.V. ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e.V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e.V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e.V. (GVVE) ● Gesellschaft macht Schule e.V. (GmS) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Gymnasialeltern Bayern e.V. (GyB) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e.V. (jpi) ● JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayerischer Familienbildungsstätten e.V. ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e.V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e.V. ● LandesAStenKonferenz Bayern (LAK) ● Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V. (LEV) ● LandesschülerInnenvereinigung Bayern e.V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e.V. (LBSP) ● Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie e.V. Bayern (LVL) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e.V. ● StadtschülerInnenvertretung München ● Sudbury München e.V. ● Verband Berufstätiger Mütter e.V. (VBM) ● Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindeferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG) ● Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. (ZKM)

verbleibende, vorgeblich homogene Klasse hat. Die dadurch erzielten finanziellen Ersparnisse werden dort für Förderunterricht eingesetzt, wo Kinder ihn benötigen.

CSU:

„Die Gestaltung der Schule in Bayern folgt dem Auftrag, der in der Bayerischen Verfassung in Artikel 131 niedergelegt ist: Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. Dazu nehmen die bayerischen Schulen einen gesetzlich verankerten Erziehungsauftrag wahr und sollen nach Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen Wissen und Können vermitteln sowie Geist und Körper, Herz und Charakter bilden.

Die Schulen erschließen den Schülerinnen und Schülern das überlieferte und bewährte Bildungsgut und machen sie mit neuen Inhalten vertraut. Entsprechend neuer Methoden werden im Unterricht die Prinzipien der Lerner- und Handlungsorientierung an den bayerischen Schulen umgesetzt. Affektive Elemente spielen dabei eine große Rolle. Die Lehrpläne werden deshalb immer wieder unter Einbeziehung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse unter Einbeziehung aller Beteiligten weiterentwickelt, wie derzeit im Projekt Lehrplan PLUS. In der Anwendung der Unterrichtsmethoden genießen unsere hervorragend ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer in Bayern große pädagogische Freiheit und können für ihren Unterricht eigenverantwortlich zwischen unterschiedlichen Unterrichtsmethoden auswählen. Dabei trifft unseren wissenschaftlich ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer die Verpflichtung, sich fortzubilden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Der Lehrer ist in Bayern – anders als in anderen Ländern - nicht nur Wissensvermittler, sondern Ansprechpartner und Lernhelfer, der die Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernprozess begleitet und dabei in enger Erziehungspartnerschaft mit den Eltern steht.

Jedes Kind ist einzigartig und hat individuelle Talente. Es ist die Pflicht des Staates, jedem Kind die besten Chancen zur eigenen Entwicklung zu öffnen.

Das bayerische Schulwesen bietet für jedes Talent ein passgenaues Angebot.

Die Dauer der Grundschule mit 4 Jahren hat sich bewährt und entspricht internationalem Standard. Nach der 4. Klasse können die Schüler erstmals an eine Mittelschule, ein Realschule oder an das Gymnasium übertreten. Die Übertrittsphase beginnt in der 3. Klasse mit der Beratung der Eltern und ist auch noch in späteren Jahrgangsstufen möglich. Insbesondere kommt der 5. Jahrgangsstufe Gelenkfunktion zu.

Deshalb ist der Übergang auf eine weiterführende Schule nach der 4. Klasse keine Auslese, sondern die Möglichkeit, den eigenen Bildungsweg nach den eigenen Begabungen weiterzugehen und in jede Richtung weiter zu gestalten. Die Eltern entscheiden dabei innerhalb der bewährten Notengrenzen frei zwischen den Schularten. Sofern die Notengrenze nicht akzeptiert wird, findet der Elternwille seine Grenzen im Bestehen des Probeunterrichts. Wird der Probeunterricht nicht bestanden, können Schülerinnen und Schüler dennoch in die Jahrgangsstufe 5 des Gymnasiums bzw. der Realschule übertreten, wenn die Erziehungsberechtigten dies wünschen. Voraussetzung ist aber, dass die Schülerinnen und Schüler im Probeunterricht mindestens in beiden Fächern die Note 4 erreicht haben. Die Elternverantwortung wird hierdurch nachhaltig gestärkt.

Dieses Verfahren hat sich bewährt. Bayern ist das einzige Bundesland, dass in den Jahrgangstufen 4 bis 9 mehr Aufsteiger als Absteiger zu verzeichnen hat, während in anderen Ländern auf einen Aufsteiger zwei Absteiger kommen:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_113951.htm

Dazu kann von jeder bayerischen Schulart aus die allgemeine Hochschulreife erreicht werden. Über 42 % der Hochschulzugangsberechtigungen werden in Bayern über die berufliche Bildung erworben. Jedes Kind braucht seine individuelle Lernzeit. Die persönliche Lernzeit ist von der institutionellen Schuldauer zu entkoppeln. Die Wiederholung einer Klassenstufe ist das letzte Mittel nach einer Vielzahl von Maßnahmen. Vor dieser Entscheidung stehen die individuelle Förderung, Beratung durch die Lehrer, Frühwarnsysteme und das bewährte Instrument des Vorrückens auf Probe. Nur wenn diese Mittel nicht greifen, soll eine Jahrgangsstufe wiederholt werden, um dem Schüler bzw. die Schülerin die Chance zu geben, den Rückstand aufzuholen.“

SPD:

„Ja, genau! Lernen ist ein individueller Prozess. Aus den Neurowissenschaften wissen wir ganz genau, wie das Lernen im menschlichen Gehirn funktioniert. Nicht punktuell Einzelwissen bleibt hängen, sondern Lerninhalte, die von den Schülern selbstaktiv erarbeitet werden. Aus Wissen entstehen erst dann die wichtigen Kompetenzen, wenn die Schüler Zeit zum Einüben und zum Vernetzen der einzelnen Themeninhalte bekommen. In den Mittelpunkt des Schulalltags in allen Schularten muss deshalb eine Neukonzeption des Unterrichts gestellt werden. Heterogenität, also die Verschiedenheit der Schüler, muss als Chance und nicht als Defizit begriffen werden. Neue pädagogische Konzepte, kooperatives und projektorientiertes Lernen also, müssen schneller in allen Schulformen Einzug halten, damit individualisiertes Lernen möglich wird. Dazu müssen Anreize geschaffen und Fortbildungsangebote aufgebaut werden.“

Freie Wähler:

„Eine ganzheitliche Bildung ist nach Art. 131 der Bayerischen Verfassung Aufgabe aller Schulen. Über der bildungspolitischen Debatte über Sinn oder Unsinn von Noten und Übertrittsempfehlungen wird leider oft vergessen, dass Schulen dieser Verpflichtung auch tatsächlich in hohem Maße nachkommen. Wir FREIEN WÄHLER plädieren seit Jahren für eine bessere personelle Ausstattung der Schulen, um individuelle Förderung in weit stärkerem Maß als bisher verwirklichen zu können. Wir brauchen Steuerungselemente, um die Zahl der Pflichtwiederholer weiter zu reduzieren. Allerdings lehnen wir eine völlige Abschaffung des Wiederholens ab. Nach unserer Auffassung ist der Leistungsaspekt nicht nur eine wichtige Säule des mehrgliedrigen Schulsystems, sondern auch unserer Gesellschaft. Wenn wir Kinder fit fürs Leben machen wollen, dürfen wir diesen Aspekt nicht außer Acht lassen. Für uns ist es wichtig, Kinder mit einer liebevollen, aber auch konsequenten Lernerfahrung zu stabilen Persönlichkeiten heranreifen lassen.“

Bündnis 90/Die Grünen:

„Heterogenität, also unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten, unterschiedliche Herkunft, unterschiedliches Wissen und Können, ist ein Charakteristikum einer jeden Gesellschaft. Jedes Kind ist anders, lernt anders, hat andere Fehler, hat eigene Stärken. Zutrauen in das eigene Können, Lernerfolg und Lernfreude sind die beste Motivation für Leistung in der Schule.“

FDP:

„Der Übertritt nach der Grundschule ist sicherlich eine bedeutsame Weggabelung im Leben jedes Kindes, aber jeder Mensch wird im Laufe seines Lebens immer wieder mit Übergängen konfrontiert werden. Die ersten wichtigen Übergänge erfolgen schon im frühen Kindesalter: Von der Familie in den Kindergarten, vom Kindergarten in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule. Auch nach Beendigung der Schullaufbahn ist das Leben jedes Menschen von Übergängen gekennzeichnet: Berufseinstieg, Studienbeginn, Ruhestand. Alle Übergänge und die damit verbundenen Veränderungen im Leben sind Herausforderungen, an denen Kinder und Jugendliche wachsen können.

Viele Studien und empirische Untersuchungen belegen vor allem eines: Durch die völlige Freigabe des Elternwillens gibt es keine Verbesserung im Schulsystem. Mit der Abschaffung der Übertrittsempfehlung wird keine soziale Ungleichheit abgeschafft. Ganz im Gegenteil: die Studie „Verbindliche und unverbindliche Grundschulempfehlungen und soziale Ungleichheiten am ersten Bildungsübergang“ von Jörg Dollmann bestätigt zum Beispiel, dass die soziale Ungleichheit in Nordrhein-Westfalen durch die totale Freigabe größer geworden ist. Dollmann sagt: „Wir konnten zeigen, dass durch die verbindliche Empfehlung der Einfluss der sozialen Herkunft der Kinder auf ihren weiteren Bildungsweg schwächer wurde.“ Die Praxis zeigt somit: Der Elternwille hat einen starken Einfluss, wie auch Kai Maaz vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin bestätigt. So lässt sich der soziale Einfluss beim Kompetenzerwerb, den Schulnoten sowie den Übergangsempfehlungen nachweisen. Eltern sollten sich jedoch nicht von Wünschen leiten lassen, sondern neben der Beratung, die bereits ab der 3. Klasse beginnt, auch eine Basis haben, die objektive Kriterien enthält. Die Lehrerinnen und Lehrern an der Schule richten sich nach Standards zur Leistungserhebung und deshalb kommen Noten nicht willkürlich zustande.

Seit dem Schuljahr 2009/10 wurde ein Gesamtkonzept für ein kind- und begabungsgerechtes Übertrittsverfahren umgesetzt. In der 4. Jahrgangsstufe sind für das gesamte Schuljahr eine Richtzahl für Leistungsnachweise und eine Ansage der Termine von Leistungsnachweisen geschaffen worden, nicht um mehr Stress für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen, sondern um mehr Lernphasen ohne Prüfungsdruck zu ermöglichen und eine höhere Transparenz unter den Grundschulen bayernweit zu schaffen. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten inzwischen am Ende der 4. Klasse ein Übertrittszeugnis mit Schullaufbahnempfehlung. Auch im Probeunterricht ist der Elternwille gestärkt worden und alle regulären 5. Klassen der weiterführenden Schularten sind per se „Gelenkklassen“, das heißt es gibt individuelle Fördermaßnahmen an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Das Gelenk hat zwei Dimensionen: Zum einen soll ein Schulwechsel nach unten vermieden und zum anderen ein aufsteigender Schulwechsel erleichtert werden.

Der Bildungsweg ist mit dem Übertritt nach der Grundschule mitnichten entschieden. Stattdessen haben wir Liberale dafür gesorgt, dass das bayerische Schulsystem viel flexibler geworden ist. Zu nennen sind hier beispielsweise die Kooperation aus Realschule und Mittelschule, der Ausbau der Einführungsklassen an Gymnasien für Schüler mit gutem mittleren Schulabschluss oder die Ausweitung der FOS 13, an der ebenfalls die allgemeine und fachgebundene Hochschulreife erworben werden kann. Der kürzlich veröffentlichte „Bildungsmonitor 2012“ bescheinigt Bayern hinsichtlich der Qualität des Schulsystems sehr gute Noten. So belegt der Freistaat in den bildungspolitischen Handlungsfeldern der Schulqualität, der Effizienz der eingesetzten Mittel und der

beruflichen Bildung jeweils den ersten Platz. Besonders erfreulich ist zudem, dass der Freistaat in seinen Anstrengungen, Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen und Bildungsarmut zu vermeiden, mit dem bundesweit dritten Platz belohnt wird.

Geeignete Maßnahmen für einen gerechteren und gemilderten Leistungsdruck gibt es zahlreiche. So sollten die Noten nicht nur produktorientiert, sondern auch prozessorientiert sein. Für uns Liberale ist sehr wichtig, dass zusätzlich zu den kognitiven Leistungen ein Portfolio, Verbalbericht und Entwicklungsbericht hinsichtlich Kompetenzen und Stärken im musischen, sportlichen oder sozialen Bereichen eine Rolle spielt, um den Schüler ganzheitlich zu sehen. Diese alternativen Leistungsbeurteilungen sind wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung eines Schülers und tragen dazu bei, einen ganzheitlichen Ansatz, der Stärken und Schwächen berücksichtigt, umzusetzen. Und dies gilt nicht nur für den Übertritt, sondern für die gesamte Schullaufbahn. Da die Heterogenität der Schüler sehr hoch ist, sind diese alternativen Leistungsbeurteilungen unbedingt notwendig, um jedes Kind individuell fördern zu können. Desweiteren können standardisierte Kompetenztests dem Referenzklassen-Problem entgegensteuern. Auf diese Weise könnte das Dilemma, dass Durchschnittsleistungen sich von Klasse zu Klasse unterscheiden und beispielsweise ein mittelmäßiger Schüler einer Klasse in einer anderen zur Spitze gehört, beseitigt werden. Wir brauchen eine objektive Leistungsbeurteilung mithilfe von Noten und eine ganzheitliche Sicht auf das Kind begleitet durch eine intensive Beratung der Eltern. Wirkliche Chancengleichheit lässt sich weder durch Elternentscheidung noch durch Notengebung oder Lehrervotum erzielen.

In ihrem Wahlprogramm spricht sich die FDP dafür aus, die Grundschule zu stärken, da sie den entscheidenden Grundstock legt für den weiteren Bildungsweg unserer Kinder. Um allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft, gerechte Chancen am Anfang zu ermöglichen, wollen wir mehr Lehrkräfte mit der Ausbildung „Deutsch als Zweitsprache“. Bei der Leistungsbewertung soll künftig neben den zu erreichenden Standards auch der Lernprozess in den Blick genommen werden. Zudem will die FDP die flexible Grundschule stärker in die Fläche bringen, denn sie wird von der Schulfamilie hoch geschätzt. Wir wollen diese Flexibilität auch auf die Jahrgangsstufen 3 und 4 ausweiten, so dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit erhält, die Grundschule in maximal fünf Jahren zu durchlaufen. Damit wird der Notendruck gelindert und sichergestellt, dass jedes Kind die Zeit bekommt, die es braucht, um die erforderlichen Kompetenzen zu erreichen.“

2. Chancengerechtigkeit herstellen – frühkindliche und schulische Förderung stärken!

Noch immer hängt, vor allem in Bayern, der Schulerfolg wesentlich von der sozialen Herkunft ab. Es ist vor allem Armut, häufig in Zusammenhang mit Migrationshintergrund, die Bildungserfolge verhindert.

Um diesen für ein demokratisches Bildungssystem beschämenden Zustand zu ändern, ist vor allem frühkindliche Förderung notwendig, die nach Studien der Bildungsökonomien die größte Rendite bringt. Kinder aus armen und bildungsfernen Milieus, die in Kindertagesstätten vom 1.Lebensjahr bis zum Schuleintritt gefördert werden, erreichen weit eher das Abitur als solche, die zu Hause bleiben. Mit der Folge, dass sie mehr verdienen, mehr Steuern zahlen und mehr in die Versicherungssysteme einbringen. Gut Ausgebildete sind flexibler, weniger

und kürzer arbeitslos, gesünder und leben länger und sie beteiligen sich am Gemeinwesen, fördern also den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zur Minderung der Bildungsdisparitäten ist außerdem der Ausbau der rhythmisierten Ganztagschule voranzutreiben, damit alle Kinder sich in einer anregungsreichen Umgebung bewegen und weniger vom Status ihrer Familien abhängig sind.

Neben den sozialen Ungerechtigkeiten müssen auch die regionalen Disparitäten beseitigt werden. Hierzu müssen in ganz Bayern wohnortnah Bildungsangebote geschaffen werden, die jenseits der starren Trennung der Schularten attraktive Abschlüsse anbieten.

SPD:

„Ja, genau! Die Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Regionen in Bayern sind im Bildungsbereich nicht verfassungsgemäß. Artikel 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung fordert: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten."

Vor allem im ländlichen Raum muss es wohnortnah Schulen mit allen Abschlüssen geben. Die dafür geeigneten Gemeinschaftsschulen müssen endlich erlaubt werden. Das ausschließlich auf Noten basierende Übertrittsverfahren muss sofort abgeschafft und der Elternwille in Verbindung mit einem professionellem Beratungssystem frei gegeben werden. Qualitativ hochwertige Ganztagschulen können einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten genauso wie eine umfassende Lernmittelfreiheit.“

Freie Wähler:

„Diese Forderung können wir ganz klar unterstreichen. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und pädagogisch hochwertigen Ganztagschulen sind ebenso wie der Erhalt wohnortnaher Schulen Kernforderungen der FREIEN WÄHLER, die wir in zahlreichen parlamentarischen Initiativen immer wieder gefordert haben und auch weiterhin fordern werden.“

Bündnis 90/Die Grünen:

„Weil bereits vor der Schule die Weichen für die Zukunft gestellt werden, ist die Förderung in den ersten Jahren besonders wichtig. Wer Kinder in dieser Lebensphase bildet, verschafft ihnen gerechtere und bessere Startchancen und bereichert die Erziehung in der Familie. Für einen starken Start ist die Qualität in den Kindertagesstätten entscheidend. Nötig sind kleine Gruppen und gut ausgebildete ErzieherInnen mit genügend Zeit und Gestaltungsspielraum, um sich dem einzelnen Kind widmen zu können. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Sprachförderung. Frühkindliche Bildung heißt nicht Verschulung. Erzieherinnen und Erzieher brauchen bessere Bedingungen in der Aus- und Weiterbildung sowie in der Arbeit mit den Kindern und Eltern.“

FDP:

„Unsere Gesellschaft braucht jeden einzelnen Schüler mit seinen Talenten und Fähigkeiten. Deshalb muss das bayerische Schulsystem mit seinen Differenzierungen den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen unserer Schülerinnen und Schüler gerecht werden und vor allem durchlässig sein. Denn für uns fängt Bildungsgerechtigkeit früh in der Kindheit an, unabhängig von sozialer Herkunft und Elternhaus.“

Wir Liberale sehen Kindergärten auch als Bildungseinrichtungen und wollen eine bessere Vernetzung zur Grundschule erreichen. Wir sorgen für den Erhalt der wohnortnahen Schule und wollen die flexible Grundschule weiter forcieren. Um der heterogenen Schülerschaft gerecht zu werden, hat die FDP im März ein Bildungsfinanzierungspaket auf den Weg gebracht und damit eine „Qualitätsoffensive in Vorschule und Grundschule“ vorangetrieben. Darin enthalten sind viele wichtige Maßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Vorschule, für die wir Liberale uns schon immer eingesetzt haben.

Chancengerechtigkeit beginnt nach unserer Überzeugung am Anfang der Bildungskette. Nachdem wir bereits das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt haben, werden wir nun den Elternbeitrag weiter absenken. Mit Wirkung ab 1. September 2014 ist vorgesehen, Zuschüsse in Höhe von pauschal 50 Euro auch für Kinder im zweiten Kindergartenjahr zu zahlen. Zusätzlich haben wir auch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt, um die Sprachförderung von Beginn an zu verstärken. Denn: Gute Kenntnisse in der deutschen Sprache sind die Voraussetzung für den weiteren schulischen Erfolg. Die Vorkurse Deutsch werden bisher allerdings nur für Kinder mit Migrationshintergrund angeboten. Aus vielen Rückmeldungen aus den Kindertageseinrichtungen und der Schulfamilie wissen wir aber, dass auch deutschstämmige Kinder einen Förderbedarf in der Sprache besitzen können.

Die Ursache können dabei die soziale Herkunft, Sprach-/Lern- oder Entwicklungsverzögerungen sein. Deshalb werden wir Vorkurse, die 240 Stunden umfassen, auch für deutschstämmige Kinder anbieten. Aufbauend auf den vorschulischen Vorkursen werden in den Jahrgangsstufen 1 und 2 der Grundschule unterrichtsbegleitende Deutschförderkurse eingerichtet. Ziel dieser Kurse ist, nach dem Erwerb der in den Vorkursen grundgelegten allgemeinen Kommunikationsfähigkeit in deutscher Sprache die Sprachkompetenz zu erweitern auf den Gebrauch der Bildungssprache Deutsch, wie sie für den erfolgreichen Unterrichtsbesuch erforderlich ist. Für die rund 2.300 staatlichen Grundschulen richten die Staatlichen Schulämter flächendeckend bedarfsgerecht Deutschförderkurse im Umfang von 2 Stunden in Jahrgangsstufe 1 und 1 Stunde in Jahrgangsstufe 2 ein. Davon profitieren auch die Kinder mit Migrationshintergrund, deren Familien während der Grundschulzeit aus dem europäischen Ausland nach Bayern ziehen, und Kinder von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen. Diese Kinder können nicht auf eine vorschulische Sprachförderung aufbauen und benötigen intensive schulische Deutschförderung, um in das hiesige Schulsystem integriert zu werden.

Nicht zu vergessen ist auch: Wir haben zusätzliche finanzielle Mittel für gebundene Ganztagszüge in der Grundschule eingestellt, damit insbesondere in den Jahrgangsstufen 1 und 2 ein qualitativvolles Angebot gemacht werden kann. Wir sind davon überzeugt, dass die gebundene Ganztagschule das umfassende Förderungspaket zielgenau abrundet. Um die heterogene Schülerschaft bestmöglich zu fördern, setzen wir uns dafür, dass es mehr Lehrkräfte mit der Zusatzbildung „Deutsch als Zweitsprache“ geben soll. Die FDP setzt sich zudem für den Ausbau der Ganztagschule an allen Schularten ein, denn diese schafft mehr Zeit für die Persönlichkeitsentwicklung, die Entwicklung sozialer Kompetenz sowie für die schulische Entwicklung unserer Kinder. Wir bevorzugen dabei die gebundene Ganztagschule, bei der der Pflichtunterricht auf Vormittag und Nachmittag verteilt und der Aufenthalt an der Schule an Wochentagen für täglich mindestens sieben Zeitstunden verpflichtend ist. Der Unterrichtstag soll rhythmisiert sein – durch den Wechsel von Lernphasen und körperlichen oder künstlerischen Aktivitäten. Auf Basis der gebundenen Ganztagschule lassen sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Und die Ganztagschule bietet gegenüber dem

Halbtagsangebot einen messbaren pädagogischen Mehrwert. Wir wollen allerdings mehr Qualität in der Ganztagschule. In Ganztagschulen mit gutem Angebot sinkt das Risiko für Klassenwiederholungen und problematisches Sozialverhalten, Schulnoten werden besser, und die Kinder gehen lieber in die Schule. Bei allen diesen Maßnahmen will die FDP dafür sorgen, dass Bildung der Investitionsschwerpunkt in Bayern bleibt und die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden können.“

CSU:

„Chancengerechtigkeit bedeutet für uns nicht Gleichmacherei auf niedrigem Niveau, sondern die Förderung jedes Talents entsprechend seinen individuellen Begabungen. Die Behauptung, der Schulerfolg hinge vor allem in Bayern von der sozialen Herkunft ab, trifft aber so nicht zu. Zutreffend ist vielmehr, dass in Bayern wie auch in anderen Ländern ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischen Leistungen besteht. In Bayern gelingt es aber besser als in anderen Ländern, diesen Zusammenhang zu durchbrechen. Die bayerischen Schülerinnen und Schüler schneiden in allen nationalen und internationalen Leistungsstudien regelmäßig in der Spitzengruppe ab. Besonders erfreulich ist, dass es in Bayern nicht nur besonders viele Schülerinnen und Schüler in der höchsten Kompetenzstufe gibt, sondern vor allem auch, dass in Bayern die Risikogruppe der Schüler, die das unterste Kompetenzniveau nicht erreichen, besonders gering ist. Wie die letzte IQB-Studie dokumentiert, gelingt es in Bayern auch, die Gruppe der Schüler mit Zuwanderungshintergrund auf ein gutes Leistungsniveau zu bringen, während beispielsweise in den Stadtstaaten nicht einmal die durch ihre Herkunft begünstigten Kinder den bundesdeutschen Durchschnittswert erreichen.

Frühkindliche Bildung ist wichtiger und entscheidender Bestandteil der individuellen Entwicklungsbiographie eines Kindes. Deshalb wurde im Bildungsfinanzierungsgesetz eine weitere Stärkung der frühkindlichen Bildung mit einem Volumen von 150 Millionen Euro vorgesehen. Davon entlasten wir die Eltern mit 25 Mio. Euro zur Senkung der Kindergartengebühr im 2. Kindergartenjahr. 125 Mio. Euro sind für eine Qualitätsoffensive an Kindergärten und Grundschulen vorgesehen. Dadurch verbessern wir die Sprachförderung und den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule.

Den Betreuungsschlüssel von 1:11 an Kindergärten haben wir schon seit längerem umgesetzt. Sofern mehr als 50% der Kinder einen Migrationshintergrund haben, werden die Klassen geteilt. Dafür wurden allein im Schuljahr 2012 /2013 400 Lehrerstellen eingesetzt.

In Bayern werden offene und gebundene Ganztageschulen bedarfsgerecht und flächendeckend ausgebaut. Dafür stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, so dass jeder förderfähige Antrag weiterhin genehmigt wird. In Bayern soll das Wahlrecht der Eltern erhalten und keinen Ganztagschulzwang eingeführt werden.

Eines unserer wichtigsten Grundprinzipien lautet „Für jedes Kind wohnortnah die passende Schule“. Entsprechend wird darauf geachtet, dass für jedes Kind die schulischen Einrichtungen wohnortnah zur Verfügung stehen, die seinen Begabungen entsprechen. Für die Grundschule gilt für uns der Grundsatz: „Kurze Beine – kurze Wege“, so dass über die Bildung von jahrgangsgemischter Klassen Grundschulen bis zu einer Mindestschülerzahl von 26 Schüler weiter bestehen können. Mit der Einführung der Mittelschule stellen wir ein wohnortnahes und qualitativvolles Bildungsangebot bereit.“

3. Die Professionalität stärken!

Die Ausbildung von Erzieher/innen erfolgt bisher nicht auf europäischem Niveau. Die Bedeutung der frühkindlichen Erziehung, d.h. die Förderung von Kindern sehr großer Heterogenität, macht eine höhere Qualifikation notwendig. Dadurch steigen Ansehen und Bezahlung dieser Berufsgruppe, sodass vermehrt auch Männer den Beruf des Erziehers ergreifen werden. Die für langfristige Förderung notwendige Kooperation zwischen Erzieher/innen, Sozialpädagogen/innen und Lehrer/innen verbessert sich, da sie sich auf Augenhöhe begegnen.

In der Lehrerbildung ist die Gleichwertigkeit der Studiengänge für die verschiedenen Lehrämter durchzusetzen, ebenso der gleichwertige Anteil der Erziehungswissenschaften für alle Lehrämter. Außerdem ist der „Master“ als Universitätsabschluss für alle Lehrämter erforderlich.

Supervision/Praxisreflexion ist im pädagogischen Bereich unabdingbar.

Freie Wähler:

„Die Forderung, Ansehen und Bezahlung von ErzieherInnen zu steigern, können wir nur unterstützen. Im Bereich der Lehrerbildung benötigen wir mehr Flexibilität zwischen den einzelnen Lehrämtern, einen höheren Praxisanteil bereits während der Ausbildung und unbedingt mehr erziehungswissenschaftliche Anteile. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass z.B. mit der angestrebten Inklusion und einem wachsenden Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf die angehenden Lehrkräfte ganz neue Herausforderungen zukommen. Dies muss sich auch in der Aus- und Fortbildung widerspiegeln.“

Bündnis 90/Die Grünen:

„Eine gute frühkindliche Bildung und Betreuung braucht besonders gut ausgebildetes Personal. Der bereits bestehende Mangel an ErzieherInnen sowie der Rechtsanspruch ab 1. Juli 2013 auf Betreuung aller Kinder, die älter als ein Jahr sind, haben die Debatte um die Reform der ErzieherInnenausbildung neu befeuert. Daneben werden ebenso der Ausbau von Qualifizierungsmöglichkeiten für KinderpflegerInnen, bessere Umschulungsangebote für QuereinsteigerInnen und die Verkürzung der Ausbildungszeit als eine Strategie zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte diskutiert. Für uns ist unstrittig, dass wir auch in unserem Bundesland mehr Erzieherinnen – und vor allem mehr Erzieher brauchen. Wir wollen dafür sorgen, dass sich mehr junge Menschen, insbesondere Männer, für die ErzieherInnenausbildung interessieren. Wir wollen zudem mehr pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund gewinnen. Unser Ziel ist eine fundierte, praxisnahe Ausbildung auf hohem Niveau, die Entwicklungschancen ermöglicht und angemessen vergütet wird.

Die Qualität der Schule ist abhängig von der Qualität der Lehrkräfte. Ihre Aus- und Weiterbildung muss sich mit den veränderten Lernbedürfnissen und Lebensverhältnissen der Heranwachsenden wandeln und sich stärker an den Herausforderungen des Lern- und Lebensortes Schule orientieren. Die nach Lehrämtern unterschiedenen Studiengänge zementieren die Abgrenzung der Schularten, ohne der Qualität des Unterrichtens zu dienen. Deswegen wollen wir mit unserer Bildungspolitik die

Rahmenbedingungen so gestalten, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Tätigkeit ausfüllen können. Wir wollen den Lehrkräften mehr als bisher ermöglichen, Lernbedürfnisse zu erkennen, die Stärken der SchülerInnen intensiv zu fördern und mit den SchülerInnen an ihren Schwächen zu arbeiten. Statt den Lehrplan starr durchpeitschen zu müssen, bekommen die Lehrkräfte Freiraum für ihr pädagogisches Handeln, bessere Arbeitsbedingungen und eine verbesserte Schul- und Unterrichtsorganisation.

Lehramtsstudierende sollen frühzeitig die Schulpraxis erfahren. Zudem muss sich das Studium am zukünftigen Arbeitsplatz orientieren und den JunglehrerInnen vielfältige und gut geeignete Grundlagen mitgeben. Die verschiedenen Lehramtsausbildungen sollen sich an den Altersstufen der SchülerInnen orientieren, nicht an den Schularten.“

FDP:

„Die in jeder Hinsicht gestiegenen Ansprüche an das Qualifikationsprofil der sozialpädagogischen Fachkräfte bedingen zunächst einmal erhöhte Aus-, Fort- und Weiterbildungserfordernisse. Zur Sicherung der fachlichen Qualität und Handlungsorientierung in den Kindertageseinrichtungen will die FDP-Fraktion die staatliche Anerkennung als Erzieher/ Erzieherin als Standard im sozialpädagogischen Arbeitsfeld beibehalten und grundsätzlich an der Ausbildung an Fachakademien festhalten. Die Fraktion strebt an, die Teams in Kindertageseinrichtungen multiprofessionell und die Leitung jeweils akademisch zu besetzen. Obschon die erhöhten Ansprüche an die pädagogischen Fachkräfte (wie z.B. Sprachförderung, individuelles Entwicklungsmonitoring und das Erkennen individuellen Förderbedarfs, soweit sie in Richtung von Entwicklungsdiagnostik und kompensatorischer Förderung gehen) kaum ohne eine akademische Grundausbildung erfüllt werden können, erscheint eine weitergehende Akademisierung des Fachpersonals jedoch nur langfristig realisierbar.

Voraussetzung dafür sind neben der Wahrung von Praxisbezug und Handlungsorientierung des pädagogischen Personals ebenfalls auch eine höhere Wertschätzung und bessere Bezahlung der Tätigkeit. Da Grundausbildungen nur Basiskompetenzen vermitteln können, die aufgrund neu hinzukommender Themenfelder beständig vertieft und erweitert werden müssen, gewinnt die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung auch im Bereich der frühkindlichen Bildung zunehmend an Bedeutung. Sie ist an fachlich anerkannten und verbindlichen Qualitätsstandards auszurichten. Fortbildungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen sind dabei vorzugsweise als In-House-Formate bzw. als Teamfortbildungen anzubieten. Durch das Angebot von berufsbegleitenden Weiterbildungen sowie von konsekutiven, berufsbegleitenden und dualen bzw. verzahnten Verbund-Studiengängen sollen sich einerseits Kinderpfleger/innen zu Erzieher/innen qualifizieren sowie Erzieher/- innen akademisch weiterqualifizieren und auch parallel qualifizieren können. Unabdingbar für die damit einhergehende Erhöhung der Fach- und Akademikerquote im Bereich der frühkindlichen Bildung sind eine erhöhte Durchlässigkeit, ein vernetztes Qualifizierungssystem sowie eine durchgängige Modularisierung bzw. Anrechnungsmöglichkeit der jeweiligen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote bzw. -module.“

CSU:

„Die Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen stellen wir an bayerischen Fachakademien in einem fünfjährigen Ausbildungsgang auf einem sehr hohen Niveau sicher. Die Akademisierung von immer weiteren Berufsfeldern halten wir für nicht zielführend

Lehrer können an Kindergärten zur Betreuung einer Gruppe nur dann eingesetzt werden, wenn sie sich einer entsprechenden Weiterqualifizierung unterziehen. Der Einsatz von speziell von Hochschulabsolventen aus dem Bereich der Sozialpädagogik ist im Bereich der Kindergartenleitung möglich.

Die Anforderungen an Lehrer gleichgültig welcher Schulart sind in den letzten Jahren gestiegen. Darauf muss die Lehrerbildung an Universitäten reagieren. Daraus folgt, dass eine Stärkung der fachdidaktischen, pädagogischen und psychologischen Elemente im Rahmen eines Studiums erforderlich ist. Eine einheitliche Ausbildung für Lehrer aller Schularten ist nicht sinnvoll, da diese die Studenten nicht zielgerichtet auf die Anforderungen des differenzierten Schulsystems vorbereiten. Das Staatsexamen als Abschluss hat sich etabliert und sichert die Qualität der Lehrerbildung in Bayern. Dies soll auch in Zukunft beibehalten werden. Daneben ist es in Bayern aber auch möglich, auf dem Weg zum ersten Staatsexamen zusätzlich den Hochschulabschluss als Bachelor und darauf aufbauend den Hochschulabschluss als Master zu erwerben.“

SPD:

„Ja, genau! Alle pädagogischen Berufe müssen sich weiterentwickeln können, schließlich bleibt die Gesellschaft nicht stehen. Für Fort- und Weiterbildung muss es Zeit geben und eine integrierte Lehrerreserve an allen Schularten, damit es keinen Unterrichtsausfall geben muss.“

4. Die Eigenverantwortung der Schulen stärken!

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen gesteht den unmittelbar Betroffenen zu wenig Mitsprache- und Gestaltungsrechte zu. Dadurch werden wertvolle Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, Schulen entsprechend ihrer Schülerklientel und entsprechend der Erfordernisse der Umgebung zu gestalten. Die Beachtung der Vorstellungen der unmittelbar Betroffenen – Lehrer, Eltern, Schüler – führt zu erhöhter Identifikation mit der Schule und zu großen Leistungserfolgen.

Lehrer/innen, Erzieher/innen, Eltern, Schüler/innen und Trägern ist ein größerer pädagogischer, organisatorischer und rechtlicher Bereich zuzubilligen, den sie innerhalb verbindlicher Rahmenregelungen bedarfsgerecht und eigenverantwortlich durch eigenes Budget und Mitsprache bei der Lehrerzuweisung gestalten können. Alles, was Lehrer/innen, Erzieher/innen, Eltern, Schüler/innen und Träger selbst regeln können, sollen sie auch selbst regeln dürfen.

Zu erweitern sind auch bildungspolitische Informations- und Organisationsrechte von Lehrer/innen, Erzieher/innen, Schüler/innen, Eltern und Träger über die Schule und Bildungseinrichtung hinaus in den Bezirken und der Region. Die Betroffenen sollen Formen der Kooperation zwischen einzelnen Schulen, freien Trägern und Jugendverbänden in einer Region entwickeln können.

Das Forum Bildungspolitik in Bayern fordert eine demokratisch gewählte, gesetzlich geregelte Elternvertretung, die alle Schularten gleichberechtigt vertritt, mit Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten.

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung jedes Heranwachsenden sind Kernelemente einer demokratischen Schule. Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern bilden eine Erziehungsgemeinschaft. Deshalb sind ihre Mitbestimmungsrechte zu stärken.

Jahrelange Erfahrungen der reformpädagogischen Schulen in freier Trägerschaft müssen genutzt werden, z.B. in den Bereichen Unterrichtsmethoden und Inklusion. Diese Schulen dürfen nicht ausgegrenzt werden, indem sie an den Anerkennungsverfahren zu Profilschulen Inklusion nicht teilnehmen dürfen. Der demokratische Gleichheitsgrundsatz ist bei der Finanzierung aller Schulen, also auch der in freier Trägerschaft, durchzusetzen. Ungleiche Behandlung setzt sich dem Vorwurf der „Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern“ aus (GG, Art. 7,4 und Art. 132 Bayer. Verfassung). Der Gleichheitsgrundsatz schließt aber auch die besondere finanzielle Förderung von Einrichtungen und Schulen in sozialen Brennpunkten ein.

Bündnis 90/Die Grünen:

„Innerhalb der Schulverwaltung wollen wir mehr Kompetenzen „von oben nach unten“ verlagern, damit Schulen mehr selbst regeln können und so die Verantwortung für besseres Lernen übernehmen. Die Gestaltungsspielräume und die Selbstverantwortung der Schulen müssen erweitert werden, damit die Schulen ihr „Kerngeschäft“ Unterricht besser an der Situation ihrer SchülerInnen, der Schule in ihrem Umfeld und ihrem Schulprofil ausrichten/abstimmen können. In einem ersten Schritt wollen wir das Schulprofil „Selbstständige Schule“ einführen. Das soll den Schulen erlauben, die Schul- und Unterrichtsgestaltung selbstständig nach eigenen pädagogischen Zielen zu gestalten, anstatt in das enge Korsett der ministeriellen Vorgaben gepresst zu sein. In weiteren Schritten werden Beamten- und Schulrecht so zu reformieren sein, dass Schulen selbst einen Teil ihres Personals auswählen können und mehr Finanzverantwortung übertragen bekommen. Dies ermöglicht ein Schulbudget, das nach sozialer Lage der Schule und ihren besonderen Herausforderungen (belastungsorientierte Budgetierung) bemessen ist.

Unser Modell der demokratischen Schule bezieht die SchülerInnen mit ein. Die Vermittlung grundlegender Werte muss sich als roter Faden durch den Unterricht ziehen. Wir setzen uns außerdem für eine Verbesserung der Erziehungspartnerschaft Eltern-Schule ein. Der Elternwille ist für uns entscheidend - etwa bei der Wahl der weiterführenden Schule nach Klasse vier.“

FDP:

„In der kommenden Legislaturperiode will die FDP den bereits von 2008-2013 begonnenen Weg sukzessive mehr Freiheit und Verantwortung an die Schulen vor Ort zu geben, konsequent fortsetzen. Das Konzept der „Eigenverantwortlichen Schule“ ist auf Grundlage eines liberalen Positionspapiers in der Koalition durchgesetzt und auf den Weg gebracht worden. So hat die FDP-Landtagsfraktion erreicht, dass im BayEUG die Möglichkeit geschaffen wird, dass bestimmte Schularten eine erweiterte Schulleitung installieren können und der Sachaufwandsträger stets einen festen Sitz im Schulforum erhält.

Wir Liberale setzen dabei den Schwerpunkt bei der Personal- und Qualitätsentwicklung sowie dem Qualitätsmanagement. Zu einer Eigenverantwortlichen Schule gehört für uns deshalb vor allem eine zeitgemäße Führungsstruktur mit einer erweiterten Schulleitung. Denn die Erweiterung der Verantwortung auf mehrere Lehrkräfte einer Schule führt dazu, dass Bildungsstandards nachhaltiger und schneller in den Lehrerkollegien verankert werden und Führungsspannen abgebaut werden können. Schulleiter erhalten ein Plus an Zeit für konzeptionelle Arbeit an ihrer Schule. Das erleichtert auch die Teamarbeit im Kollegium und trägt zur Berufszufriedenheit bei. Zugleich werden Spielräume für zeitgemäße Lehr- und Lernformen geschaffen. Die Organisation des Unterrichts in Doppelstunden, etwa für fächerübergreifenden Unterricht, ist in kleineren Lehrerteams viel leichter umzusetzen.

Mit der Freiheit und Eigeninitiative eng verknüpft ist die Verantwortung für das eigene Tun und Handeln. Freiräume für Schulen bedeuten nicht Anarchie. Denn die Schulen selbst müssen sich systematisch mit der Ermittlung und der Verbesserung ihrer Qualität befassen. Die Schulaufsicht beschränkt sich auf die Zielvorgaben und das Erreichen dieser Ziele. Ein aussagekräftiges Qualitätsmanagement ist deshalb eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Eigenverantwortliche Schule. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

In ihrem Wahlprogramm fordert die FDP beispielsweise mehr Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalplanung und bei Personalentscheidungen. Eine zentrale Personalplanung entmündigt die Verantwortlichen in den Schulen undengt den Handlungsspielraum zu Lasten der Qualität ein. Zudem will die FDP die Einführung einer Budgetplanung in Schulen als Einstieg in eine zunehmende Finanzautonomie erreichen. Mehr Eigenverantwortung muss auch zu mehr Autonomie beim Einsatz der verfügbaren Finanzmittel führen. Die Übertragung der Budgetverantwortung auf die Schule darf allerdings nicht zu einer Reduzierung der verfügbaren Finanzmittel führen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir hierzu die gesetzlichen Grundlagen auf den Weg bringen.

Hinsichtlich der Schulen in privater Trägerschaft spricht sich die FDP in ihrem Wahlprogramm dafür aus, eine Gleichbehandlung aller Schulträger zu erreichen. Seit Regierungsbeteiligung der FDP hat sich die Schulfinanzierung privater Träger auch klar verbessert, indem beispielsweise der Schulgeldersatz deutlich erhöht wurde. Gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Schulfinanzierung zu garantieren, bleibt jedoch eine Daueraufgabe.“

CSU:

„Schulen müssen die Möglichkeit haben, ausreichend Verantwortung im Rahmen ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags zu übernehmen. Gleichzeitig müssen jedoch vergleichbare Bildungsziele und vergleichbare Bildungschancen in ganz Bayern für alle Schüler sichergestellt werden. Das Prinzip der eigenverantwortlichen Schule entspricht diesen Anforderungen. Das Schulforum ist ein geeignetes Gremium, um die Anliegen der gesamten Schulfamilie in geeigneter Form vertreten zu können. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Schulforums wurden zum Beispiel bei der Entwicklung des schulspezifischen Konzepts zur Erziehungspartnerschaft erweitert.

Ein Gremium, das alle Schularten vertritt, lässt keine Verbesserungen erwarten, da die Bedürfnisse und Belange der einzelnen Schule in den Hintergrund treten. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf zur Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen, sollen berufliche Schulen, Gymnasien und Realschulen mehr Verantwortung in der Personalführung und –entwicklung erhalten. So besteht die Möglichkeit der Errichtung einer erweiterten Schulleitung, um mehr Freiräume für pädagogische und

konzeptionelle Aufgaben zu haben. Auf diese Art und Weise können auch Modelle der Kooperation entstehen oder verbessert werden.“

SPD:

„Ja, genau! Die selbstständige Schule ist kein Selbstzweck, sondern sie soll Impulse geben für gute Unterrichtsqualität und die kontinuierliche Verbesserung unseres Bildungssystems. Es geht um bestmögliche Bildung, nicht um Konkurrenz und Wettbewerb. Unser Konzept „Selbstständige Schule“ wird von der Überzeugung getragen, dass die Verantwortlichen vor Ort die spezifischen Bedingungen des Lernens der Schülerinnen und Schüler am besten einschätzen und deshalb für sie auch die optimale Förderung besser planen und durchführen können. Damit einher geht die höhere Verantwortung der einzelnen Schule für die geleistete Arbeit und ihr Schulprogramm. Nicht der Wettbewerb der Schulen untereinander oder ständiges Wiegen und Messen verbessert Bildungsqualität, sondern die Selbstverantwortung, die regionale und schulische Besonderheiten berücksichtigt und einen verlässlichen Rahmen der Bildungsentwicklung nützt.

Unser Konzept „Selbstständige Schule“ zielt auf die Qualitätsentwicklung von Lernprozessen, die Qualifizierung und Auswahl des pädagogischen Personals und die Verwendung und Eigenverantwortung der Finanzmittel.“

Freie Wähler:

„Auch das ist eine zentrale Forderung der FREIEN WÄHLER im Bildungsbereich. Mit unserem REIF-Konzept wollen wir regionale passgenaue Bildungsangebote ermöglichen, bei denen die Betroffenen z.B. neue Formen der Kooperation zwischen den einzelnen Schulen und Schularten entwickeln können. Schulen brauchen mehr Gestaltungsspielraum im organisatorischen und im personellen Bereich. Wir FREIEN WÄHLER wollen die Bürger generell stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken. Dies gilt selbstverständlich auch für den Bereich Schule. Wir sind der Meinung, dass die demokratischen Strukturen, wie z.B. das Schulforum, ein stärkeres Gewicht, d.h. mehr Entscheidungsfreiheit bekommen müssen.“

5. Das Dogma der starren Trennung von Schularten überwinden!

Unsere Schullandschaft muss vielfältiger werden, entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinden und Regionen – ein demokratischer Prozess. Anträge auf Schulversuche, die vor Ort gewünscht werden, müssen genehmigt werden, auch wenn sie nicht den bisherigen Strukturen der Schularten entsprechen (z.B. Denkendorf, Kipfenberg u.a.). In andern Bundesländern wird vorgemacht, wie eine organische Schulentwicklung aussieht. Die Bildungspolitik verordnet keine einheitlichen Schulmodelle, sondern hilft den Schulen, die das wünschen, vor Ort bei der Entwicklung regional passgenauer Schulen. Hierzu müsste sich aber Bayern vom Dogma der ausschließlichen Drei- bzw. Viergliedrigkeit verabschieden und Schulentwicklung von unten zulassen. Gerade für kleinere Gemeinden ist der gemeinsame Schulbesuch ihrer Kinder und Jugendlichen bis zur 10. Klasse wesentlich, da sie sie nur so vor Ort behalten und lange Schulfahrten und leer stehende Schulhäuser vermeiden können.

Die für Veränderungen notwendigen finanziellen Mittel sind zur Verfügung zu stellen. Qualitätssicherungsmaßnahmen wie Zielvorgaben, Supervision und interne Evaluation begleiten die Entwicklung der Schulen.

FDP:

„Das Schulsystem in Bayern ist leistungsstark und legt eine sichere Basis für den Bildungserfolg der jungen Menschen. Hervorragende Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler aller Schularten bei Vergleichsstudien belegen eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit des bayerischen Bildungssystems. Die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss sinkt seit der Beteiligung der FDP an der Bayerischen Staatsregierung kontinuierlich.

Grundlegende Ziele der FDP-Landtagsfraktion sind, Chancengerechtigkeit und Qualität im Bildungssystem zu garantieren. Ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges und zugleich wohnortnahes Schulwesen ist für uns der wesentliche Faktor, um jeder Schülerin und jedem Schüler bestmögliche Bildungschancen zu geben. Deshalb müssen wir unser bayerisches Schulsystem weiterentwickeln und für die Zukunft wetterfest gestalten. Die bildungspolitische Diskussion im Land wird allerdings vor allem durch eine Debatte über Schulstrukturen geprägt. Die in der Tat schwierige Situation der Mittelschule, die sich durch das demographisch bedingte Sinken der Schülerzahlen und das veränderte Schulwahlverhalten der Eltern weiter zuspitzt, bietet in diesem Zusammenhang den Gegnern eines gegliederten Schulwesens einen willkommenen Anlass, andere Schulformen voranzutreiben.

Wir Liberale setzen auf eine Weiterentwicklung der Bildungslandschaft – ohne auf bewährte Schulformen zu verzichten oder sie in ihrem Bestand zu gefährden. Dies bedeutet, dass alle tragfähigen Schulstrukturen weitergeführt werden können, wenn die Schülerzahlen dies hergeben und sich die Schulträger dazu entschließen. Die FDP-Landtagsfraktion ist überzeugt davon, dass die Schulstruktur nur einer von vielen Faktoren ist, die die Qualität von Schule und Unterricht bestimmen. Es gibt ordentliche Ergebnisse bei vergleichenden Bildungsstudien für Länder mit integrativen Schulsystemen, es gibt allerdings bessere Ergebnisse für solche mit gegliederten Schulsystemen. Uns fehlt bis heute der endgültige empirische Nachweis für die Überlegenheit des einen oder anderen Systems. Eine Tatsache hat die Schulforschung dennoch überzeugend herausgearbeitet: Zwischen den einzelnen Schulen - egal in welchem System - gibt es große Unterschiede in der Qualität des Unterrichts und bei den Bildungserfolgen.

Fakt ist, dass die erfolgreichen Schulen Freiräume haben müssen, in denen sie Verantwortung übernehmen können und gezielt Unterrichtsentwicklung vorantreiben können. Deshalb hat die FDP-Landtagsfraktion ihr Konzept der „Eigenverantwortlichen Schule“ in der Koalition durchgesetzt und auf den Weg gebracht. Mit der „Eigenverantwortlichen Schule“ bekommen die bayerischen Schulen beispielsweise eine zeitgemäße Führungsstruktur und mehr Kompetenzen vor Ort direkt an der jeweiligen Schule. Die Erweiterung der Verantwortung auf mehrere Lehrkräfte einer Schule führt dazu, dass Bildungsstandards nachhaltiger und schneller in den Lehrerkollegien verankert werden können – so sichern wir langfristig die Qualität der bayerischen Schulen.

Die Schulstruktur der Zukunft heißt für uns Liberale Eigenverantwortung und Eigeninitiative im Rahmen hoher Qualitätsanforderungen. Die Schule im ländlichen Raum ist ein entscheidendes Zukunftsthema der Bildungspolitik. Es ist zudem belegt, dass in ländlichen Gebieten die Übertrittsquote an Realschulen und Gymnasien niedriger ist als im Vergleich zu städtischen

Ballungsräumen mit einem breiten Angebot an weiterführenden Schulen. Trotz der dargestellten positiven Wirkungen, die die Eigenverantwortliche Schule hat, stellen wir Liberale also fest, dass der ländliche Raum vor dem Hintergrund des regionalen Strukturwandels und des Schülerrückgangs zusätzliche schulpolitische Lösungen braucht. Das ist keine neue Erkenntnis, sondern bereits bei Eintritt der FDP in die Staatsregierung 2008 haben wir darauf Wert gelegt, dass eine vertiefte Zusammenarbeit von Realschule und Mittelschule als Kooperationsschule unter einem Dach möglich sein muss, um auf die demographischen Herausforderungen reagieren zu können.

Inzwischen gibt es bayernweit 29 Kooperationsschulen, die in unterschiedlicher Tiefe erfolgreich zusammenarbeiten. Die Kooperationsschule ist ein erster wichtiger Schritt, um auf den Schülerrückgang vor allem in ländlichen Gebieten reagieren zu können. 2009 wurden auf Initiative der FDP erstmals Kooperationsmodelle zwischen Hauptschule und Realschule ausgeschrieben. Wir haben erreicht, dass die so genannten „9+2“-Modelle inzwischen fest im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verankert wurden. Mittelschüler mit einem guten Qualifizierenden Abschluss können nun überall in Bayern in 9 + 2 Jahren einen Abschluss an der Realschule machen. Mit den von uns Liberalen etablierten Kooperationsschulen haben wir es geschafft, dass auch in Bayern das Schulsystem flexibler und durchlässiger geworden ist. Uns war und ist wichtig, dass die Initiative zur Kooperation nicht von oben verordnet wird, sondern dass alle Beteiligten der Schulfamilie vor Ort gemeinsam die vertiefte Zusammenarbeit planen und umsetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vertiefte Zusammenarbeit von Mittel- und Realschulen unter einem Dach weiterentwickelt wird und als echte Alternative im bayerischen Bildungssystem verankert wird. Durch das Angebot eines binnendifferenzierten Unterrichts in den Jahrgangsstufen 5 und 6 ist eine maximale Durchlässigkeit zwischen den Schularten gewährleistet. Zudem spricht sich die FDP in ihrem Wahlprogramm dafür aus, dass die Sachaufwandsträgerschaft von Mittel- und Realschulen in der Hand der Landkreise bzw. kreisfreien Städte gebündelt werden. Das erleichtert für beide Schularten die Zusammenarbeit. Die Weiterentwicklung der Kooperation ist für uns die passende Antwort auf die Entwicklung der Schülerzahlen und des geänderten Schulwahlverhaltens der Eltern. Es bietet eine sinnvolle Ergänzung zum differenzierten Schulwesen in Bayern.“

CSU:

„Das differenzierte Schulwesen in Bayern hat sich bewährt. Bayerische Lehrer und Schüler erreichen Spitzenpositionen in allen nationalen und internationalen Schulleistungstests. Durch die Kooperation und Durchlässigkeit und durch die Möglichkeit zur Gründung von Bildungsregionen wird ein gemeinsames Bildungsverständnis geschaffen.

Das differenzierte Schulsystem in Bayern ist durch das Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gekennzeichnet. Diese vielfältige Schullandschaft ermöglicht auf vielen Wegen den beruflichen Erfolg und damit echte Chancen. Die Absolventen bayerischer Schulen sind gefragt. In Bayern ist die Jugendarbeitslosenquote mit 3 % Deutschland- und europaweit mit am geringsten. Die Berufsausbildung in Deutschland ist weltweit vorbildlich anerkannt. Insbesondere die duale Berufsausbildung gilt als vorbildlich.

Dazu bleibt es über jeden Weg möglich, die (allgemeine) Hochschulreife zu erwerben, zum Beispiel über die Fach- oder Berufsoberschule nach dem Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses oder über die erfolgreich absolvierte Meisterprüfung. 42% der Hochschulzugangsberechtigungen werden in Bayern über diese Wege erworben.

Das differenzierte Schulsystem fördert jeden Schüler individuell nach seinen Fähigkeiten. Der Erfolg des differenzierten Schulwesens zeigt sich nicht nur in allen internationalen Schulleistungsstudien, wie PISA, TIMSS oder IGLU sondern insbesondere auch in den verschiedenen Ländervergleichen, in denen Bayern regelmäßig einen Platz in der Spitzengruppe erreicht. Das gute Abschneiden der Länder mit einem differenzierten Schulwesen zeigt sich insbesondere auch in den „unteren“ Leistungsbereichen. Bundesländer, die vor allem auf Gesamt- und Gemeinschaftsschulen setzen, sind regelmäßig am unteren Ende der Skala platziert. An der Schulorganisation in diesen Ländern wird sich Bayern kein Vorbild nehmen. Insgesamt sollten Fragen der Schulstruktur künftig in den Hintergrund treten. Vielmehr sollten sich die Länder um mehr Qualität und Gerechtigkeit sowie um einheitliche Bildungsstandards bemühen.

In Bayern spielt der ländliche Raum eine herausragende Rolle. Um auch hier eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung gewährleisten zu können, werden alle rechtlich selbstständigen Grundschulen in Bayern erhalten.“

SPD:

„Ja, genau! Wir brauchen in Zukunft Schulen, die alle Abschlüsse anbieten, schon allein, damit nicht weite Regionen Bayerns nicht noch weiter abgehängt werden. Die Gemeinschaftsschule ist durch ihre moderne Pädagogik in der Lage, schon in relativ kleinen Einheiten eine hochwertige Schulbildung anzubieten. Sie überall dort zuzulassen, wo die Schulfamilie dies wünscht, ist dringend notwendig.“

Freie Wähler:

„Wir treten für eine ideologiefreie Bildungspolitik ein und wollen keine Zerstörung funktionierender Schulstrukturen. Stattdessen legen wir unser Augenmerk auf eine deutliche Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen. Allerdings muss es auch möglich sein, dass dort, wo es vor Ort gewünscht ist und pädagogische Konzepte dafür vorliegen, auch weitergehende Schulmodelle genehmigt werden.“

Bündnis 90/Die Grünen:

„Wir wollen längeres gemeinsames Lernen mit der Einführung von Gemeinschaftsschulen ermöglichen. Die Gemeinschaftsschule respektiert die Verschiedenheit und verlangt nicht von allen das Gleiche zur gleichen Zeit, sondern unterstützt jeden in seiner Gesamtentwicklung. Von der Grundschule bis zum ersten (mittleren) Abschluss gehen alle SchülerInnen auf die Gemeinschaftsschule.

Längeres gemeinsames Lernen macht den frühen Übertrittsdruck unnötig. Darüber hinaus trägt es zur Sicherung der wohnortnahen Schule bei, weil Kinder an ihrer weiterführenden Schule vor Ort alle Abschlüsse und Anschlüsse für die Wege von der dualen Ausbildung bis zum Abitur erreichen können.

Konkret wollen wir durch eine Änderung des BayEUG (Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen) weitergehende Schulmodelle ermöglichen. Auf Antrag sollen sich so Schulen ab der Sekundarstufe I zu Gemeinschaftsschulen entwickeln können, die allen SchülerInnen ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot sichern und den steigenden pädagogischen Anforderungen an die Schulqualität Rechnung tragen können.“

6. Den Elternwillen beim Übertritt freigeben!

Pädagogisch sinnvoll und ehrlich wäre es jedoch, wenn Eltern zusammen mit ihren Kindern die Entscheidung über den Übertritt in die weiterführende Schule treffen, nach intensiver Beratung mit Lehrpersonen, Schulpsycholog/innen und Beratungslehrkräften.

Denn die Verantwortung für die Wahl der Schullaufbahn tragen letztlich die Eltern und nicht die Grundschullehrer/innen. Dies sorgt dafür, dass Grundschullehrer/innen wieder in Ruhe mit den Kindern arbeiten und Eltern deren Beratungskompetenz annehmen können. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass nach Freigabe des Elternwillens die Übertrittsquote auf Realschule und Gymnasium nicht signifikant gestiegen ist.

CSU:

„Befragungen unter den Eltern seit dem Jahr 2010 haben ergeben, dass die Eltern das seit dem Schuljahr 2009/2010 geltende Übertrittsverfahren positiv bewerten. Das neue Verfahren ermöglicht einen Übertritt an die Realschule oder das Gymnasium auch bei Nichtbestehen des Probeunterrichts, sofern in Deutsch und Mathematik mindestens die Note 4 erreicht wurde. Der Elternwille wurde durch die Einführung dieses Verfahrens bereits gestärkt. Die Zustimmung bezieht sich insbesondere auf die bereits getroffenen Maßnahmen zur Senkung des Leistungsdrucks in der Übertrittsphase, zum Beispiel die Ansage von Proben oder die Einführung von probefreien Phasen. Insgesamt beurteilen zwei Drittel der Lehrkräfte und vier Fünftel der Eltern die Übertrittsempfehlung für alle Schüler als sinnvoll.“

Der Übertritt auf eine weiterführende Schule nach der vierten Klasse setzt dabei auf mehrere Faktoren: Das Übertrittszeugnis mit der Schullaufbahneempfehlung, die Möglichkeit des Besuchs des Probeunterrichts an der aufnehmenden Schulart sowie der Elternwille.

Entscheidend für die Wahl der Schulform nach der Grundschule ist das Wohl des Kindes. Die Entscheidung für eine Schulform nach der vierten Klasse ist dabei eine erste Entscheidung im weiteren Bildungsweg des Kindes und keine endgültige Entscheidung. Je nach Leistungsentwicklung hat jedes Kind die Möglichkeit, seine eigene Schullaufbahn bis zur Hochschulzugangsberechtigung zu gestalten, unabhängig von der Entscheidung der Schulform nach der Grundschule. Es gilt das Prinzip kein Abschluss ohne Anschluss. Bayern ist nach einer Bertelsmann-Studie das einzige Land, in dem in den Jahrgangsstufen 4 bis 10 mehr Schüler auf- als absteigen.

Die Frage, ob ohne eine Übertrittsempfehlung wirklich Bildungsgerechtigkeit gestärkt werden kann, ist nicht eindeutig zu beantworten. Einige Bildungsexperten sind vom Gegenteil überzeugt und sehen vor allem Kinder mit einem bildungsnahen Hintergrund in einer besseren Position. In Bayern ist jedoch das Ziel der bestmöglichen Teilhabe unabhängig von der sozialen Herkunft eine entscheidende Leitlinie.“

SPD:

„Ja, genau! Die auf einem Notenschnitt basierenden Übertrittszeugnisse müssen abgeschafft werden. Die Eltern entscheiden stattdessen über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder nach der

Grundschule in eigener Verantwortung. Für den Entscheidungsprozess werden den Eltern eine ausführliche Grundschulempfehlung und ein professionelles Beratungssystem zur Seite gestellt. Damit wird gewährleistet, dass die ganze Persönlichkeit des Kindes in den Blick genommen wird.“

Freie Wähler:

„Diese Forderung halten wir für nicht zielführend. Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten profitieren nicht von der Freigabe des Elternwillens. Tatsache ist allerdings, dass sowohl Grundschullehrkräfte wie auch viele Kinder bei den derzeit geltenden Regelungen zum Übertritt über Gebühr belastet werden. Vielleicht wäre es an der Zeit, sich einmal über ein anderes Verfahren zum Übertritt Gedanken zu machen. Dabei ist auch wichtig zu bedenken, dass unser Schulsystem durchlässig ist, d.h. die Übertrittsentscheidung nach der vierten Klasse ist nur ein Schritt auf einem sehr vielgestaltigen Weg und legt keineswegs ein für alle Mal sämtliche Bildungschancen fest.“

Bündnis 90/Die Grünen:

„Grundsätzlich sollen Eltern und Lehrkräfte bei der Entscheidung über den Bildungsweg der Kinder zusammenwirken. Wir wollen die abschließende Entscheidung über die weiterführende Schule in die Hand der Eltern legen. Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass die Eltern mit der Entscheidung behutsam umgehen. Die verbindliche Grundschulempfehlung und die verpflichtende Vorgabe eines bestimmten Notendurchschnitts soll damit ersetzt werden. Die Beratungsgespräche würden ein neues Gewicht bekommen. Die Eltern sollen von Anfang an bis zur anstehenden Schullaufbahnentscheidung in der 4. Klasse durch eine regelmäßige Beratung der Grundschule unterstützt werden. Diese beruht auf einer differenzierten, kontinuierlichen Beobachtung des Kindes hinsichtlich seiner Lern- und Leistungsentwicklung, seiner Lern- und Arbeitshaltung, seiner Lernwege, seiner Stärken und Lernpräferenzen und seiner Potenziale. Die Erziehungspartnerschaft „Schule – Elternhaus“ wird dadurch gestärkt. Der Auslesedruck aufgrund der frühen Trennung der Kinder in drei Schularten nimmt dadurch ab.“

FDP:

vgl. Antwort der FDP zu Nr. 1

7. In Bildung intelligent investieren!

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen ist – gemessen am Brutto-Inlandsprodukt und im Vergleich zu den durchschnittlichen Investitionen der OECD-Staaten – unterfinanziert. Vor allem die Mittel für frühe Förderung und für die Grundschule liegen deutlich unterhalb der Bildungsfinanzierung anderer Industrieländer.

Da es gilt, sowohl dem Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden als auch die soziale Balance und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss die Qualität des Schul- und Bildungswesens weiter verbessert werden. Um die bestmögliche individuelle Förderung zu ermöglichen, ist der Personalschlüssel zu verbessern. In keiner Grundschulklasse dürfen mehr als 25 Kinder sitzen. In den weiterführenden Schulen ist die Klassenstärke auf 29 Schüler/innen zu

begrenzen. Kleinere Klassen garantieren nicht automatisch besseren Lernerfolg. Um individuellen Unterricht zu ermöglichen, sind zwei Pädagogen in jeder Lerngruppe notwendig, die sich um die Vielfalt der Anforderungen kümmern und sich gegenseitig unterstützen und kontrollieren. Mehr Personal ist erforderlich zur Sicherstellung des Kern-, Wahlpflicht- und Wahlunterrichts, zur individuellen Förderung bei Beeinträchtigung des Lern- und Sozialverhaltens, zur Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für Kinder mit Migrationshintergrund sowie für Schüler/innen mit besonderen Fähigkeiten und Neigungen. Die mobile Reserve ist aufzustocken. Unverzichtbar ist mehr pädagogisch psychologische Expertenhilfe.

Bildungsinvestitionen haben nicht nur einen entscheidenden Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum, sondern auch auf die soziale Balance, auf das kulturelle Leben und auf die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens.

Es gibt zu denken, dass Finnland nur wenig mehr für Bildung ausgibt als Deutschland und dennoch immer PISA-Spitzenplätze erreicht. In Finnland gibt es für die Sekundarstufe nur eine Gehaltsstufe. In Bayern gibt es ausdifferenzierte Gehaltssysteme je nach Schulart, mit den Elementarpädagogen am unteren Ende der Skala und den Gymnasiallehrern am oberen Ende. Personalkosten sinnvoll einzusetzen heißt aber, eine andere Pädagogenausbildung zu entwickeln und damit einhergehend ein anderes Selbstverständnis der Lehrenden zu ermöglichen. Außerdem sollen andere Berufe und Erfahrungen in das Schulleben eingebunden werden.

Investitionen in Bildung erzielen eine sehr hohe Rendite. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2015 zehn Prozent des BIP in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren, bedingt eine deutliche Aufstockung des Etats des Bayerischen Kultusministeriums.

SPD:

„Ja, genau! Bildung ist teuer, noch teurer ist nur keine Bildung. Die Investitionen in den Bildungsbereich, die notwendig sind, um zum Beispiel die Inklusion zu realisieren, können nur von Bund und Ländern gemeinsam bewältigt werden. Wir brauchen mehr Geld für die Fort- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte, damit wir immer eine hohe Qualität in der Pädagogik halten können. Und der gute Ganztag, den wir uns für alle Schularten wünschen, ist mit mehr Investitionen verbunden. Die demographische Rendite muss deshalb bei den Schulen bleiben. Die Bildung darf nicht das Sparschwein der Finanzminister werden.“

Freie Wähler:

„Dieser Forderung stimmen wir FREIEN WÄHLER uneingeschränkt zu. Wir fordern seit unserem Einzug in den Landtag eine deutliche Verbesserung der Bildungsfinanzierung gerade im frühkindlichen und im Grundschulbereich. Wir brauchen eine Verbesserung des Personalschlüssels bei den Lehrkräften, aber auch eine verbesserte Ausstattung mit pädagogischem Personal wie Förderlehrer oder Schulsozialarbeiter.“

Bündnis 90/Die Grünen:

„Durch die Einstellungspolitik des Kultusministeriums erleidet die Attraktivität des Lehrberufs erheblichen Schaden. Jedes Jahr haben wir eine absurde Situation: Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer stehen nach dem Referendariat auf der Straße, während gleichzeitig quer durch alle

Schularten der Unterricht ausfällt. Dazu kommt: Junglehrkräfte werden vor allem nach Oberbayern und Mittelfranken abgezogen. Um die Unterrichtsversorgung in anderen Regionen aufrecht erhalten zu können, werden zusätzliche Stellen angekündigt, die Anstellungsbedingungen sind aber so schlecht, dass freie Stellen nicht besetzt werden können.

Auch wenn die Zahlen der Schülerinnen und Schüler insgesamt zurück gehen, wachsen die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer immer mehr. Es empfiehlt sich nicht nur auf die Lehrer-Schüler-Relation zu starren, sondern wahrzunehmen, dass die Relation Lehrer - zu erteilende Unterrichtszeit nicht besser wird. Das liegt etwa am Ausbau gebundener Ganztagsklassen, der längeren individuellen Schulzeit der SchülerInnen an Mittelschule und Realschulen oder am gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen an der Regelschule.

Gute pädagogische Arbeit, individuelle Förderung, innovative Unterrichtskonzepte, Inklusion und Ganztagsangebote brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Eine solide und kalkulierbare Personalpolitik sichert: personelle Kontinuität an den Schulen vor Ort, ausreichend Lehrerstellen für die Unterrichtsversorgung plus Ressourcen für individuelle Förderung (z.B. für teamteaching), für musische, sportliche, kulturelle Bildung und für praktisches Lernen.

Gegen eine intransparente und nicht verlässliche Stellenpolitik, setzen wir eine Politik der verlässlichen Rahmenbedingungen, die den Akteuren vor Ort die nötigen Handlungsspielräume gibt. Vor ein paar Jahren haben sich Bund und Länder auf dem ersten Bildungsgipfel verständigt, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung bereitzustellen. Seitdem gibt es Streit um die Berechnung und wechselseitige Schuldzuweisungen. Wir fordern, dass dem Kindeswohl ein höherer Rang eingeräumt wird als dem Kooperationsverbot.“

FDP:

„Bildungsinvestitionen ermöglichen es uns, eine Reihe von Maßnahmen für noch mehr Qualität und Gerechtigkeit im bayerischen Bildungswesen umzusetzen. Deshalb investiert Bayern – nimmt man den Bereich der Hochschulen noch hinzu – mehr als ein Drittel seines Haushalts in Bildung.

Mit diesem Geld gelingt uns beispielsweise der konsequente Ausbau von Ganztagschulen, die weitere Absenkung der Klassenstärken, die Verbesserung der individuellen Förderung, die Intensivierung der Bemühungen um eine gelungene Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen. Allein im Doppelhaushalt 2013/14 fließen deshalb 33,9 Milliarden Euro in die Bildung. Mit 17,1 Milliarden in 2014 ist dies ein Plus von 3,7 Milliarden seit 2008.

Dazu kommt das auf Betreiben der FDP-Landtagsfraktion eingebrachte Bildungsfinanzierungsgesetz. Damit fließen insgesamt weitere 421 Millionen Euro in die Bildung – von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Bildung. Nachdem wir bereits das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt haben, werden wir nun den Elternbeitrag weiter absenken. Mit Wirkung ab 1. September 2014 ist vorgesehen, Zuschüsse in Höhe von pauschal 50 Euro auch für Kinder im zweiten Kindergartenjahr zu zahlen. Insgesamt erhalten die Eltern dann in einem Zeitraum von maximal 24 Monaten eine Beitragsermäßigung in Höhe von bis zu 1.800 Euro. Das kostet den Staat 2014: 25 Millionen Euro. Gleichzeitig setzen wir insgesamt 125 Millionen Euro ein, eine „Qualitätsoffensive in Vorschule und Grundschule“ zu starten. So werden wir das erfolgreiche und bereits evaluierte Modellprojekt KidZ (Kindergarten der Zukunft) im Rahmen eines Erprobungsprogramms in die Fläche gebracht wird.

Künftig werden Lehrerinnen von 200 Grundschulen in den umliegenden Kindergärten zusammen mit den Erzieherinnen Lernangebote ermöglichen, die den Vorschulkindern einen fließenden Übergang vom „lernenden Spielen“ zum „spielenden Lernen“ ermöglichen. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen, dass wir den Kindergarten als entscheidende Schnittstelle im Übergang zur Grundschule sehen. Denn hier haben wir es noch in der Hand soziale Unterschiede im Bereich der Bildung noch vor Schulbeginn auszugleichen.

Darüber hinaus sollen etwa 1.000 arbeitssuchende Grundschullehrer/innen fortgebildet werden, um im Bereich der frühkindlichen Bildung trainiert zu werden. Mit der staatlichen Übernahme der Personalkosten kann die Maßnahme auch von weniger zahlungskräftigen Gemeinden und somit flächendeckend angeboten werden. Zusätzlich haben wir auch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt, um die Sprachförderung von Beginn an zu verstärken.

Denn: Gute Kenntnisse in der deutschen Sprache sind die Voraussetzung für den weiteren schulischen Erfolg. Die Vorkurse Deutsch werden bisher allerdings nur für Kinder mit Migrationshintergrund angeboten. Aus vielen Rückmeldungen aus den Kindertageseinrichtungen und der Schulfamilie wissen wir aber, dass auch deutschstämmige Kinder einen Förderbedarf bei der Sprachentwicklung besitzen können. Die Ursache können dabei die soziale Herkunft, Sprach-/Lern- oder Entwicklungsverzögerungen sein. Deshalb werden wir Vorkurse, die 240 Stunden umfassen, auch für deutschstämmige Kinder anbieten. Aufbauend auf den vorschulischen Vorkursen werden in den Jahrgangsstufen 1 und 2 der Grundschule unterrichtsbegleitende Deutschförderkurse eingerichtet. Ziel dieser Kurse ist, nach dem Erwerb der in den Vorkursen grundgelegten allgemeinen Kommunikationsfähigkeit in deutscher Sprache die Sprachkompetenz zu erweitern auf den Gebrauch der Bildungssprache Deutsch, wie sie für den erfolgreichen Unterrichtsbesuch erforderlich ist. Für die rund 2.300 staatlichen Grundschulen richten die Staatlichen Schulämter flächendeckend bedarfsgerecht Deutschförderkurse im Umfang von 2 Stunden in Jahrgangsstufe 1 und 1 Stunde in Jahrgangsstufe 2 ein. Davon profitieren auch die Kinder mit Migrationshintergrund, deren Familien während der Grundschulzeit aus dem europäischen Ausland nach Bayern ziehen, und Kinder von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen. Diese Kinder können nicht auf eine vorschulische Sprachförderung aufbauen und benötigen intensive schulische Deutschförderung, um in das hiesige Schulsystem integriert zu werden.

Nicht zu vergessen ist auch: Wir haben zusätzliche finanzielle Mittel für gebundene Ganztagszüge in der Grundschule eingestellt, damit insbesondere in den Jahrgangsstufen 1 und 2 ein qualitativvolles Angebot gemacht werden kann. Wir sind davon überzeugt, dass die gebundene Ganztagschule das umfassende Förderungspaket zielgenau abrundet. Desweiteren werden 200 Lernbegleiter in den Jugendämtern eingestellt, um die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen in Teamfortbildungen bei der Umsetzung des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans und hier insbesondere bei der Sprachförderung zu beraten und zu unterstützen. Der Freistaat übernimmt dabei 90% der Personalkosten. Mit flexiblen Öffnungszeiten für Kindertageseinrichtungen leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Angebotsverbesserung und damit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch eine verbesserte Finanzierung von Randzeiten können Kitas künftig mehr als 9 Stunden pro Tag geöffnet sein und damit den unterschiedlichen Erwartungen von Eltern und betrieblichen Einrichtungen entsprechen.

Im Bereich der beruflichen Bildung kommt der Meisterbonus in Höhe von 1.000 € an erfolgreiche Absolventen der beruflichen Weiterbildung zum Meister oder zu einem gleichgestellten Abschluss.

Diesen Zuschuss erhalten die Weiterbildungsabsolventen ab 01. September 2013, um damit einen zusätzlichen Anreiz für die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen zu bieten und die Weiterbildungswilligen gezielt finanziell zu entlasten. Mit dem Meisterbonus sollen erfolgreiche Bildungskarrieren belohnt und zur beruflichen Weiterbildung motiviert werden. Dafür werden pro Jahr rund 29 Millionen Euro eingesetzt. 23 Millionen Euro werden für den neuen Pflegebonus, einen freiwilligen staatlichen Zuschuss, als Schulgeldausgleich für die Träger privater Berufsfachschulen bzw. Fachakademien, die im Gegenzug auf die Erhebung von Schulgeld verzichten, bereitgestellt.“

CSU:

„Bildung ist einer der Politikschwerpunkte der CSU. Der Freistaat investiert mit 36 % weit über 1/3 seines Gesamthaushalts in die Bildung.

Das Brutto-Inlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland ist auf Landesebene jedoch kein geeigneter Indikator für Bildungsausgaben. Anders als die rot-grüne Regierung in Baden-Württemberg, die 12.600 Lehrerstellen streichen wird, investieren wir in Bayern weiter in die Bildung. Der Etat des Kultusministeriums hat sich innerhalb dieser Legislaturperiode kontinuierlich erhöht. Während im Jahr 2008 nur 9,12 Mrd. Euro zur Verfügung standen, sind es für das Jahr 2013 bereits 10,58 Mrd. Euro. Für das Jahr 2014 wurde eine weitere Steigerung auf 10,86 Mrd. Euro beschlossen. Durch diese Ausgabensteigerungen konnten unter anderem Ganztagsangebote bedarfsgerecht und flächendeckend ausgebaut, die individuelle Förderung verbessert, ein Einstieg in die Inklusion vorgenommen und die durchschnittliche Klassenstärke in allen Schularten gesenkt werden. So liegt die durchschnittliche Klassenstärke an Grundschulen zum Schuljahr 2012/2013 mit 21,4 und zum Beispiel an Realschulen mit 26,8 Schülern bereits unter den geforderten Zahlen von 25 und 29 Schülern pro Klasse. Dazu wurde die Mobile Reserve wie gefordert an den Förderschulen, Realschulen, Fach- und Berufsschulen sowie Gymnasien weiter ausgeweitet und eine integrierte Lehrerreserve an Gymnasien geschaffen.

Diese massiven Investitionen in die Bildung sind nur möglich, weil wir uns durch die Politik des ausgeglichenen Haushalts und der Schuldentilgung die Freiräume hierfür geschaffen haben.

Unsere Bildungspolitik zahlt sich aus: Die bayerischen Schülerinnen und Schüler haben in den letzten PISA-Länderauswertungen - ganz im Gegensatz zu anderen Bundesländern - ebenfalls Spitzenplätze erreicht und reichen damit knapp an die Ergebnisse Finnlands heran.

Bei einer steigenden Zahl von Schülern, die Abitur oder mittlere Reife machen, konnte auch der Anteil von Schülern ohne Abschluss in Bayern von 8,5 Prozent im Jahr 2003 auf den im bundesweiten Vergleich herausragenden Wert von 5,2 Prozent im Jahr 2011 gesenkt werden. Die Jugendarbeitslosenquote in Bayern liegt bei rund 3 Prozent und gehört damit mit Abstand zur niedrigsten in Deutschland und Europa, was vor allem auf die gute Ausbildung und die hohe Vermittlungsquote von bayerischen Absolventen zurückzuführen ist.

Zu den Lehrergehältern ist anzumerken, dass die Gehälter von deutschen Lehrkräften im internationalen Vergleich nach Luxemburg und der Schweiz auf Platz drei und damit weit über dem OECD-Durchschnitt liegen, während die Lehrergehälter in Finnland auf Platz 19 gerade dem OECD-Durchschnitt entsprechen (vgl. Bildung auf einen Blick 2012, Indikator D3, S. 557).“

8. Bildung ist mehr als Schule: Stärkung des außerschulischen Bereichs!

Damit das Ziel einer ganzheitlichen Bildung erreicht werden kann, braucht es mehr als Schule. Kinder und Jugendliche benötigen die Möglichkeit außerhalb der Schule ihren eigenen Interessen nachzugehen und sich für ihre Anliegen einzusetzen. Hier spielen Jugendhilfe und Jugendarbeit eine wichtige Rolle.

Um gelungene Bildungsbiografien unserer immer weniger werdenden Kinder zu ermöglichen und die Anzahl der Bildungsverlierer zu verringern, ist also die Zusammenarbeit aller an Bildung Beteiligten auszubauen. Sozial- und Kultusministerium müssen ihre Politik gemeinsam organisieren. Der Erfolg eines ganzheitlichen Bildungs- und Leistungsverständnisses, der alle Lebensbereiche eines jungen Menschen umfasst, beruht auf der Kooperation aller Pädagogen/innen innerhalb und außerhalb der Schule.

Jugendarbeit ist ein zentrales Betätigungs- und Engagementfeld für junge Menschen. Dort lernen junge Menschen Verantwortung zu übernehmen und im Team zu arbeiten, sie lernen ehrenamtliches Engagement und demokratische Prinzipien kennen. Frühkindliche Förderung ist nicht gegen die Förderung älterer Kinder und Jugendlicher auszuspielen, beide müssen sich sinnvoll ergänzen.

Qualitativ hochwertige Elternbegleitung und –bildung braucht Zeit und Geld. Die Eltern benötigen Unterstützung, Beratung, insbesondere bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund. In Familienzentren wie in England könnten diese Hilfen zusammengefasst werden.

Nicht nur die Kommunen als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind gefordert, sondern auch der Freistaat hat die Aufgabe der Unterstützung des Bildungsangebots der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendarbeit, Jugendkultur- und -sozialarbeit, Tageseinrichtungen und Hilfen zur Erziehung). Bildung ist wesentliche Zukunftsaufgabe, chancengerechte und ganzheitliche Bildung braucht die erforderlichen Ressourcen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, umfassend und auf allen Ebenen.

Freie Wähler:

„Die Zusammenarbeit von Schule und Verein sowie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements sind uns ein ganz besonderes Anliegen. Hier können junge Menschen über die Schule hinaus wertvolle Erfahrungen sammeln und sich zu selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln.“

Bündnis 90/Die Grünen:

„Das Thema Bildung lässt sich nicht auf den Schulunterricht beschränken. Die außer-schulische Jugendbildung ist ein wichtiger Bestandteil der bayerischen Bildungslandschaft. Neben dem Schulunterricht muss deswegen der Jugendarbeit dringend mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden und die Ausgaben dafür erhöht werden. Die bisherigen Mittel können keine bedarfsgerechte Finanzierung der Jugendarbeit gewährleisten. Es sollte daher zumindest ein Inflationsausgleich für steigende Kosten berücksichtigt werden.“

FDP:

„Neben der Verwirklichung des weiteren Ausbaus von Ganztagesangeboten sieht es die FDP für wichtig an, dass die Abstimmung aller an schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten Beteiligten weiter intensiviert und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe somit verbessert wird.

Der Arbeitskreis Jugendhilfe und Ganztageschule (AK JuGa), dem Vertreter aus den beiden Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen, Vertreter der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe, aus dem Schulbereich und aus den Verwaltungen größerer bayerischer Kommunen angehören, stellt für uns dabei den passenden Rahmen dar, in dem die gemeinsame politische Koordination organisiert und weiter verstärkt werden kann. Denn Ganztageschulen eröffnen ein großes Feld nicht nur für die Jugendarbeit, sondern ebenso für Vereine und viele Akteure, die systematisch in die Bildung und Erziehung eingebunden werden können. Mit ihren spezifischen Methoden und Fähigkeiten und ihrer Art mit Kindern und Jugendlichen umzugehen, stellen sie eine wichtige Ergänzung und Bereicherung bei der Förderung auf dem Weg zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit dar. Die Kinder- und Jugendhilfe ist grundsätzlich Aufgabe im eigenen Wirkungskreis der Kommunen (Jugendämter). Sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der alle Kostenträger gemeinsam Verantwortung tragen und entsprechend zum Wohle von Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten müssen. Die FDP vertritt grundsätzlich die Haltung, die Kompetenzen der Akteure vor Ort zu respektieren und mit geeigneten Instrumenten zu unterstützen. Zentrale Instrumente für die Unterstützung des Bildungsangebotes der Kinder- und Jugendhilfe stellen für uns in diesem Sinne Regelförderprogramme mit ihrer freiwilligen Förderung sowie Landesförderprogramme zum Aufbau und Erhalt von Regelstrukturen dar.“

CSU:

„Der Aussage, dass Bildung mehr als Wissenserwerb ist, stimmt die CSU voll und ganz zu. Bildung bedeutet auch die Förderung und den Erwerb affektiver und sozialer Kompetenzen. Deshalb ist die Förderung außerschulischer Kompetenzen unabdingbar.

Kinder und Jugendhilfe sind für uns von großer Bedeutung. Kein junger Mensch darf verloren gehen. Für Kinder und Jugendliche ist die gesamte Gesellschaft verantwortlich. Unser Anliegen ist es, dass Kinder und Jugendliche Schlüsselqualifikationen für die Zukunft erwerben, indem sie in ihren spezifischen Begabungen optimal gefördert werden. Wichtige Bausteine sind die Prävention sowie die Stärkung von Eigenverantwortung. Dabei liegt uns die Förderung sozial benachteiligter Kinder und Familien besonders am Herzen. Diese müssen frühzeitig ganzheitlich unterstützt werden. Die Regelförderprogramme „Jugendsozialarbeit an Schulen“ und „Arbeitsweltbezogene Sozialarbeit“ tragen dazu bei. Allein im Jahr 2011 wurden für diese Programme über 12 Millionen Euro investiert. Auch die Förderung der Jugendarbeit hat für uns große Bedeutung. Im Jahr 2013 hat Bayern die Mittel um eine Million Euro erhöht. Insgesamt stellt der Freistaat dafür nun 25,1 Million Euro zur Verfügung.

Außerdem werden außerschulisch der Bundesfreiwilligendienst und das freiwillige soziale Jahr als Bildungsjahr vom Freistaat unterstützt. Dieses freiwillige Engagement unterstützt junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und kann Orientierung für den zukünftigen Lebensweg geben. Mit der Einführung einer Ehrenamtskarte würdigt der Freistaat ehrenamtliches Engagement auch von jungen Menschen in besonderer Weise.

Im schulischen Bereich unterstützen wir eine Vielzahl von Maßnahmen, wie „Sport nach 1“, die Zusammenarbeit der Schulen mit verschiedenen Organisationen und Vereinen in Form von Kooperationsvereinbarungen in der Ganztagschule und wollen die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Bildungspartnern, wie Vereinen weiter verbessern.“

SPD:

„Ja, genau! Um die ganze Fülle der Bildungsmöglichkeiten zu erleben, darf es keine Hindernisse geben. Musikschulen, Sportvereine, Ministrantengruppen, die Jugendorganisationen der Vereine und Verbände und zum Beispiel die freiwilligen Feuerwehren sind Bildungseinrichtungen und Lernorte, die für alle offen sein müssen. Deshalb müssen wir den außerschulischen Bereich stärken, nicht nur finanziell, sondern auch zum Beispiel dadurch, dass wir Schulen zum Lebensraum umbauen, in dem gerade diese Einrichtungen ihren festen Platz haben.“

9. Vielfalt leben!

Bildung ist Menschenrecht, das weder vorenthalten noch eingeschränkt werden darf. Die Behindertenrechtskonvention der UN fordert, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gemeinsam mit allen anderen Kindern und Jugendlichen aufwachsen dürfen. Für ein inklusives Schulsystem sind folgende Maßnahmen notwendig:

Entwicklung und Verabschiedung eines konkreten Zeit- und Finanzplans zur Umsetzung der UN-Konvention in Bayern. Die Umsetzung muss transparent und für alle Beteiligten verlässlich erfolgen. Das BayEUG muss so geändert werden, dass inklusive Schulbildung innerhalb der allgemein bildenden und beruflichen Schulen für alle Kinder und Jugendlichen als Rechtsanspruch gesetzlich festgeschrieben wird und eine individuelle Förderung für behinderte wie nichtbehinderte Kinder und Jugendliche Aufgabe aller Schulen ist.

Zur Umsetzung einer inklusiven Schule fordert das *Forum Bildungspolitik*:

- Ausrichtung der gesamten Lehreraus- und -fortbildung auf inklusive Pädagogik.
- Bessere finanzielle Ausstattung für inklusiv unterrichtende Schulen.
- Anpassen der didaktisch-methodischen Konzepte von Unterricht und Etablierung eines neuen Lernverständnisses auf Grundlage der neuesten Forschungsergebnisse aus dem In- und Ausland.
- Ausbau des bestehenden Hilffsystems und Investitionen in dieses System.
- Schulpsychologie, -sozialarbeit und -beratung und sonder- und heilpädagogische Fachkräfte an jeder Schule. Die Genehmigung und Organisation der notwendigen Vorkehrungen für behinderte Kinder und Jugendliche in allen Bildungseinrichtungen werden in einer Institution gebündelt, sodass die betreffenden Eltern nur eine Anlaufstelle haben.
- Allgemeinbildende und berufliche Schulen sind grundsätzlicher Lernort für alle Kinder.
- Jugendlichen und junge Erwachsene. Die Förderschulen sind zu förderschwerpunktsübergreifenden Kompetenz- und Unterstützungszentren umzubauen.

- Individuelle Förderplanung für alle Schüler/innen auf der Basis von lernprozessbegleitender Förderdiagnostik innerhalb der allgemeinen Schule, denn alle Kinder und Jugendlichen haben besondere Fähigkeiten und Bedürfnisse. Eine ständig präsente zweite pädagogische Kraft für jede Klasse in jeder Schule muss über das selbstverwaltete Budget von den Schulträgern selbst angestellt werden können.
- Derzeit vorhandene Ressourcen in den Förderschulen dürfen nicht reduziert werden, sondern alle Lehrer- und Fachkraftstellen müssen bei zunehmender Inklusionsquote sukzessive auf Regelschulen verlagert werden. Inklusion ist langfristig kostenneutral. Teuer ist aber die Aufrechterhaltung zweier konkurrierender Systeme.
- Zügiger Umbau aller allgemeinbildenden Schulen zu rhythmisierten Ganztagschulen.
- Barrierefreie Umgestaltung aller allgemeinen und beruflichen Schulen.

Bündnis 90/Die Grünen:

„Schulische Inklusion ist eine pädagogische Herausforderung auf hohem Niveau und bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln. Dafür müssen die Ressourcen von Anfang an stimmen. Deshalb ist Inklusion ein Schwerpunkt unseres Bildungshaushaltes.

Wir schaffen mehr Lehrerinnen- bzw. Lehrerstellen

- für eine zügige Aufstockung der Stellen für Sonderpädagogik an Regelschulen
- für mehr Stunden für die Lehrkräfte an der Regelschule
- um kleinere Klassen zu bilden
- für eine gezielte individuelle Förderung
- für die Zusammenarbeit mit den Sonderpädagoginnen und -pädagogen im Kollegium
- für Zweitlehrkräfte
- für eine wesentlich bessere Ausstattung des Mobilen sonderpädagogischen Dienstes.

Für die vielfältigen Mehrkosten bei Schulbau, Schulumbau und Schüler- und Schülerinnenbeförderung sollen den Kommunen Mittel des Landes zugewiesen werden.“

FDP:

„Die FDP setzt auf die Eigenverantwortliche Schule, damit sich jede Schule ein individuelles Profil geben kann. Ziel ist es, dass die Schule vor Ort gezielt die Angebote machen kann, die die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf tatsächlich benötigen. Wir wollen eine enge Einbeziehung der Eltern, denn alle Maßnahmen werden nur Erfolg haben, wenn es vor Ort eine aktive Beteiligung der Eltern gibt. Als Ziel der Elternbeteiligung soll jede Schule in Abstimmung mit Eltern, Lehrern und auch mit den Schülerinnen und Schülern eigenverantwortlich ein Konzept zur Elternarbeit entwickeln.

Wir Liberale sind davon überzeugt, dass wir ein inklusives Schulsystems nur nach und nach erreichen können. Es ist ein Prozess. Deshalb brauchen wir Schulen, die vorangehen: Ein Motor der Entwicklung zu einem inklusiven Schulwesen sollen Schulen sein, die sich das Schulprofil „Inklusion“ geben. Deshalb will die FDP die Zahl der Profilschulen „Inklusion“ deutlich ausweiten. Die Eltern sollen über den bestmöglichen Förderort ihrer Kinder frei entscheiden und durch eine hochwertige Beratung in ihrer Entscheidung unterstützt werden. Einen Zeitpunkt, der bestimmte und starre Quoten

der inklusiven Beschulung an Regelschulen vorsieht, wollen wir nicht vorgeben. Insbesondere in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung müssen wir noch verstärkt Anstrengungen unternehmen, um diese Kinder an die Regelschulen zu bringen. Wir brauchen auch zukünftig unsere Förderzentren, die sich aber zu Kompetenzzentren weiterentwickeln müssen. Die bestehenden Förderschulen sollen sich öffnen und ihre fachliche Kompetenz verstärkt ins Regelschulsystem einbringen. Förderschulen soll es ermöglicht werden, ebenfalls das Profil „Inklusion“ zu erwerben, wenn sie ausreichend viele Schüler ohne Behinderung aufnehmen.“

CSU:

„Der Aussage, dass Bildung mehr als Wissenserwerb ist, stimmt die CSU voll und ganz zu. Bildung bedeutet auch die Förderung und den Erwerb affektiver und sozialer Kompetenzen. Deshalb ist die Förderung außerschulischer Kompetenzen unabdingbar.

Kinder und Jugendhilfe sind für uns von großer Bedeutung. Kein junger Mensch darf verloren gehen. Für Kinder und Jugendliche ist die gesamte Gesellschaft verantwortlich. Unser Anliegen ist es, dass Kinder und Jugendliche Schlüsselqualifikationen für die Zukunft erwerben, indem sie in ihren spezifischen Begabungen optimal gefördert werden. Wichtige Bausteine sind die Prävention sowie die Stärkung von Eigenverantwortung. Dabei liegt uns die Förderung sozial benachteiligter Kinder und Familien besonders am Herzen. Diese müssen frühzeitig ganzheitlich unterstützt werden. Die Regelförderprogramme „Jugendsozialarbeit an Schulen“ und „Arbeitsweltbezogene Sozialarbeit“ tragen dazu bei. Allein im Jahr 2011 wurden für diese Programme über 12 Millionen Euro investiert. Auch die Förderung der Jugendarbeit hat für uns große Bedeutung. Im Jahr 2013 hat Bayern die Mittel um eine Million Euro erhöht. Insgesamt stellt der Freistaat dafür nun 25,1 Million Euro zur Verfügung.

Außerdem werden außerschulisch der Bundesfreiwilligendienst und das freiwillige soziale Jahr als Bildungsjahr vom Freistaat unterstützt. Dieses freiwillige Engagement unterstützt junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und kann Orientierung für den zukünftigen Lebensweg geben. Mit der Einführung einer Ehrenamtskarte würdigt der Freistaat ehrenamtliches Engagement auch von jungen Menschen in besonderer Weise.

Im schulischen Bereich unterstützen wir eine Vielzahl von Maßnahmen, wie „Sport nach 1“, die Zusammenarbeit der Schulen mit verschiedenen Organisationen und Vereinen in Form von Kooperationsvereinbarungen in der Ganztagschule und wollen die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Bildungspartnern, wie Vereinen weiter verbessern.“

SPD:

„Ja, genau! Jedes Kind ist einzigartig und hat Anspruch auf die ihm gemäße Förderung. Ob Hochbegabung, Migrationshintergrund, emotional herausfordernd oder musisch begabt – die Talente unserer Kinder sind der Reichtum unserer Bildungseinrichtungen. Kein Kind darf verloren gehen.“

Freie Wähler:

„Mit einer interfraktionell erarbeiteten Gesetzesänderung hat sich Bayern auf den Weg hin zur Inklusion gemacht. Dieser Prozess steht aber erst am Anfang. Hier sind noch viele weitere Schritte nötig. Insbesondere brauchen wir die Verankerung des Inklusionsgedankens in der Lehreraus- und -

fortbildung. Lehrkräfte dürfen mit dieser gewaltigen Herausforderung nicht allein gelassen werden, sie brauchen dafür fachlichen Input und Anleitung für neue Lernformen, bei der Lehrkräfte weit mehr als bisher als Lernbegleiter fungieren. Das Gelingen von Inklusion steht und fällt auch mit der personellen Ausstattung und der Klassengröße. Hier brauchen wir deutlich mehr Unterstützungsangebote. Darüber hinaus ist für uns FREIE WÄHLER der Ausbau des Beratungsangebots maßgeblich. Wir wollen die Wahlfreiheit zwischen Förderschule und Regelschule erhalten. Dies setzt aber voraus, dass Eltern so beraten werden, dass sie sich sicher sein können, die richtige Entscheidung für ihr Kind zu treffen.

Letztendlich ist die Entwicklung hin zu einer inklusiven Schule auch ein Entwicklungsprozess im Hinblick auf ein eigenständiges Schulprofil, also Schulentwicklung. Wenn dies gelingen soll, darf Inklusion den Schulen nicht von oben diktiert werden, sondern die Schulen müssen sich aus eigenem Antrieb auf den Weg machen.

In unseren Augen ist es auch unverzichtbar, neu über die Schulbauverordnung und eine Neuformulierung des Art. 4 BayEUG nachzudenken. Dabei geht es nicht nur um Barrierefreiheit, die zumindest bei neueren Schulbauten eine Selbstverständlichkeit sein muss. Inklusion erfordert ebenso wie Ganztagschule auch entsprechende räumliche Voraussetzungen wie Rückzugs- und Ruheräume. Dieser Aspekt von Schulentwicklung wurde bislang noch viel zu wenig beachtet.“